Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts · 5. Jahrg. · Mittwoch, 25. Januar 1922 · Nummer 42 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um das Steuerkompromiß

Entscheidende Stunden — Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien
Besprechungen der Unabhängigen mit Wirth

Die gestrigen Besprechungen zwischen den Rechtssozialisten und den bürgerlichen Parteien über das Steuerkompromiß sind, wie wir bereits berichtet haben, ergebnislos verlaufen. Am Schlusse der Sitzung wurde von demokratischer Seite angeregt, **daß die bürgerlichen Parteien unter sich zusammentreten** sollen, um den Rechtssozialisten einen bestimmten Vorschlag zu machen. Das ist heute vormittag geschehen. Die bürgerlichen Parteien erhoffen von diesem geschlossenen Vorgehen **eine Verstärkung ihrer Stellung gegenüber den Rechtssozialisten.** Es ist von ihnen der Vorschlag in Aussicht genommen, das Notopfer nicht nur zu ³/₄, sondern voll einzuziehen. Doch dürfte dieser Vorschlag kaum als ausreichend angesehen werden, weil sein Mehrertrag höchstens 15 Papiermilliarden bringen würde. In den gestrigen Verhandlungen ist zuletzt, wie der „Vorwärts" berichtet, ein neuer Vorschlag zur Erörterung gestellt worden. Es handelt sich dabei nach den Mitteilungen des „Vorwärts" im wesentlichen darum, die Kredithilfe, wie sie seinerzeit von der Industrie bedingungsweise in Aussicht gestellt wurde, gesetzlich festzulegen. Würde ein solcher Entwurf einer gesetzlichen Kredithilfe durch ein Mantelgesetz mit den gesamten Steuervorlagen fest verbunden werden, so ergäbe sich daraus ein Ganzes, dem die sozialdemokratische Partei voraussichtlich ihre Zustimmung nicht versage. Dieser Darstellung fügt der „Vorwärts" hinzu:

„Eine andere Frage ist, ob dieser Plan, der für die Sozialdemokratie die Grenze des Entgegenkommens bildet, die Zustimmung des Zentrums und der Demokraten finden wird. Daß dies der Fall sein werde, ist als einigermaßen wahrscheinlich zu betrachten, dagegen scheint bei der Deutschen Volkspartei irgendeine Neigung, den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenzukommen, nicht zu bestehen. Dann würde, vorausgesetzt, daß eine grundsätzliche Einigung mit Zentrum und Demokraten zustande käme, eine Mehrheit nur mit Hilfe der Unabhängigen zu schaffen sein.

Des schweren Ernstes der Lage dürften sich jetzt alle beteiligten Parteien bewußt sein. Die sozialdemokratische Fraktion hat deutlich zu erkennen gegeben, daß ihr nichts ferner liegt als die Absicht, Ministerstürzerei zu treiben, daß sie im Gegenteil schon im Interesse unserer Außenpolitik das Verbleiben des Kabinetts Wirth im Amt dringend wünscht. Aber dieser Versuch kann nicht so allbeherrschend werden, daß die Partei um seinetwillen von Forderungen ablassen könnte, deren Notwendigkeit und Gerechtigkeit von den breitesten Massen des Volkes, weit über unsere Parteikreise hinaus, erkannt wird."

Dieser Vorschlag der gesetzlichen Fixierung der Kredithilfe und ihre Verbindung mit den übrigen Steuergesetzentwürfen durch ein Mantelgesetz würde wiederum eine wesentliche Abschwächung der Forderung der Zwangsgoldanleihe darstellen. Zudem ist es in der Tat zweifelhaft, wie auch der „Vorwärts" hervorhebt, ob auch dieser bescheidene Vorschlag von den bürgerlichen Parteien angenommen werden würde. Die „Zeit", das Organ der Deutschen Volkspartei, erklärt mit aller Deutlichkeit, daß sie die Zwangsanleihe entschieden ablehnt. Das scheint nicht nur für die Zwangsgoldanleihe in dem alten Vorschlag zu gelten, sondern von jedem Vorschlag, der ein sichtbares Opfer des Besitzes darstellt. Ueber die Haltung der Demokraten teilt die „Vossische Zeitung" mit, daß auch in ihren Kreisen sehr starke Bedenken gegen die Zwangsgoldanleihe bestehen. Es werde durch sie im Auslande der Eindruck erweckt, als ob in Deutschland der Besitz durch die bisherige Steuergesetzgebung zu wenig belastet wäre. Die Zwangsanleihe sei auch eine doppelte Belastung einzelner Erwerbsstände, wenn ihnen neben der Aufbringung auch die Verzinsung und Tilgung der Anleihe auferlegt würde. Die Demokraten seien ferner dagegen, der Zwangsanleihe jetzt gesetzmäßige Form zu geben. Es genüge eine Resolution des Reichstages. Demokraten und Deutsche Volkspartei lassen deutlich erkennen, daß sie keine Steuern auf den Besitz bewilligen wollen oder doch nur solche, die gar nicht oder erst nach Jahren fühlbar werden, die leicht abwälzbar oder ohne Gefahr zu hinterziehen sind oder andere ähnliche Vorteile bieten, durch die sie unwirksam gemacht werden können.

Die unabhängige Reichstagsfraktion ist gestern abend von dem Reichskanzler Dr Wirth zu einer Besprechung gebeten worden, die heute morgen um 11 Uhr stattfinden sollte.

Die Beratungen konnten indes nicht pünktlich beginnen, da der Reichskanzler um 11 Uhr noch durch Beratungen mit der Zentrumsfraktion in Anspruch genommen war.

Das sichtbare Opfer

In den bisherigen Besprechungen zwischen den Parteien über das Steuerkompromiß ist von den bürgerlichen Parteien sehr häufig auf die große Belastung hingewiesen worden, die die Besitzenden in Deutschland durch das Reichsnotopfer auf sich genommen haben. Keine Behauptung wird mit so wenig Recht erhoben wie diese. In der Einleitung zum Gesetz über das Reichsnotopfer heißt es: „In der Not opfert der Besitz dem Reich". Von diesem Grundsatz des Notopfergesetzes ist **in der Praxis nichts übriggeblieben.** Denn das Notopfer, das ursprünglich einen Teil der Besitzenden stark belastet hätte, ist gerade für die Sachwertbesitzer durch die Geldentwertung zu einer **lächerlich geringen Vermögensabgabe herabgesunken.** Einzig und allein die Besitzer von fest verzinslichen Vermögenswerten (Staatsanleihe, Obligationen usw.) sind durch das Notopfer belastet worden. Sie haben ihr Notopfer zu einem großen Teil nicht in Raten, sondern in vollständiger Höhe entrichtet.

Ganz anders aber steht es mit den Besitzern der Sachwerte. Sie haben das Notopfer **bisher nur zu einem Drittel** zu bezahlen brauchen, und es war ihnen ein leichtes, diese Beträge ohne Antastung ihres Vermögens zu entrichten. Die völlige Einziehung des Reichsnotopfers im Laufe des Jahres 1922 ist eine der Forderungen, die die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften aufgestellt haben. In den bisherigen Verhandlungen war bereits zugestanden worden, daß das zweite Drittel des Notopfers eingezogen werden sollte. Und jetzt haben die bürgerlichen Parteien ins Auge gefaßt, die Einziehung des ganzen Reichsnotopfers als neuen Vorschlag darzubringen. Damit soll ein „deutlich sichtbares Zeichen" von der Opferwilligkeit des Besitzes gegeben werden. Die Besitzenden geben vor, ein neues Opfer zu bringen, indem sie eine Verpflichtung auf sich **nehmen, die ohnehin bereits für sie besteht.**

Wie aber steht es mit dem „Opfer" in Wirklichkeit? Der Ertrag des Reichsnotopfers war ursprünglich auf 45 Milliarden geschätzt worden. Eingegangen sind im Jahre 1921 aber nur etwa 15 Milliarden. Von diesen 15 Milliarden sind dem Reiche **in Bargeld nur 4 Milliarden** zugeflossen. Der gesamte übrige Eingang bestand aus Kriegsanleihen, die zum vollen Nennwert in Zahlung genommen worden sind. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Besitzenden bisher etwas „geopfert" hätten. **Das würde aber auch nicht der Fall sein, wenn jetzt das ganze Reichsnotopfer eingezogen würde.** Der Ertrag wäre im Höchstfalle 20 bis 25 Papiermilliarden. Diese Papiermilliarden würden aber ebenfalls nicht Bargeld eingehen, sondern wiederum zu einem sehr erheblichen Teil in Kriegsanleihe. Dadurch aber würde keine nennenswerte Deckung des Geldbedarfs des Staates eintreten, sondern das Reich würde nur seine festen Schulden vermindern, woran ihm im Augenblick, wo es Bargeld gebraucht, nichts gelegen ist.

Dieser neueste Versuch der bürgerlichen Parteien, **die Besitzenden vor einer wirklichen Belastung zu schützen,** ist zu durchsichtig und wird bei der Arbeiterklasse und auch bei denjenigen Besitzenden, die ihr Reichsnotopfer bereits voll bezahlt haben, kaum irgendeinen Eindruck machen.

Die Landtagswahlen in Braunschweig

Von E. Vogtherr

Dem bisherigen Braunschweigischen Landtag war nach erfolgter Beratung der neuen Verfassung durch eigenen Beschluß für den 22. Januar ein Ziel gesetzt. An diesem Tage erfolgten die Neuwahlen. Diese haben, wenn man der amtlichen Feststellung vorgreifen will, wieder eine sozialistische Mehrheit und zwar von 31 gegen 29 Stimmen ergeben. Im alten Landtag standen 32 sozialistischen und kommunistischen Mandaten 28 bürgerliche gegenüber. Die Bürgerlichen waren und blieben in der Hauptsache vereint im sogenannten Landeswahlverband, der mit 23 Mandaten, wie bisher, die Deutsche Volkspartei (als stärkste), die Deutschnationalen, Zentrum und Welfen umfaßt. Daneben besteht eine „demokratische" Gruppe von 6, bisher 5 Abgeordneten. — Von den sozialistischen Parteien zählten die Unabhängigen früher 23 (jetzt 17), die Rechtssozialisten 9 (jetzt 12) Mandate. Nach dem Halleschen Parteitag traten 3 Abgeordnete aus der U. S. P. aus und bildeten eine eigene Gruppe, die jetzt, nachdem die Kommunisten nach Halle zum ersten Mal am Landtagswahlkampf teilnahmen, nur mit zwei Mann in den Landtag wiederkehrt.

Eine weitere Würdigung der Zahlenverschiebung mag hier unterbleiben, nur das eine sei gesagt, daß bürgerliche und rechtssozialistische Blätter zwar mit großem Stimmenaufwand die „Riesenverluste" unserer Partei in die Welt schreien, aber dabei zwei sehr wichtige Umstände aus naheliegenden Gründen konsequent verschweigen. Der eine ist der, daß uns durch die Spaltung in Halle große Massen von Arbeitern entfremdet wurden und daß wir bei der diesjährigen Wahl schon eben diese Verluste wieder einzuholen hatten. Bei den letzten allgemeinen braunschweigischen (Kommunal-) Wahlen 1921 konnten wir z. B. in Stadt Braunschweig nur 17 399 Stimmen gegen 28 022 im Jahre 1920 mustern. In diesem Jahr wurden die 17 399 wieder auf 26 637 Stimmen gesteigert. Im übrigen ist der „Wahlerfolg" der K. P. D. mit 10 230 Stimmen des ganzen Landes ein mehr als mäßiger zu nennen.

Der erbitterte Haß der Bürgerlichen gegen die bisherige sozialistische Landtagsmehrheit und Regierung hat sich mehr noch als in den zwei Regierungsjahren jetzt im Wahlkampf ausgetobt. Nicht nur nach unserer eigenen Empfindung, auch nach dem erfahrenen Urteil auswärtiger Genossen, die uns als Redner im Wahlkampf wacker unterstützten, hat wohl noch nie eine solche Schlammflut bürgerlicher Verleumdungen den Wahlkampf verpestet, wie hier im Braunschweigischen Lande. Mit einer nur unberechtigten Kritik der sozialistischen Regierungsmaximen hätte man bei den sozialistischen Massen natürlich keine Geschäfte machen können. Aber auch die plumpen und grobschlächtigen persönlichen Gehässigkeiten, besonders des berüchtigten Landeswahlverbandes, haben, wie man sieht, nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Die politische Bedeutung der ganzen Wahl war für beide Teile, den bürgerlichen wie den sozialistischen, natürlich ungeheuer. Es ging einfach darum, ob für die nächsten drei Jahre bürgerlich-reaktionär oder sozialistisch regiert werden soll. Der objektiv Urteilende wird der bisherigen sozialistischen Regierung zugestehen müssen, daß von ihr und der Landtagsmehrheit bedeutsame Anfänge einer sozialistischen Neugestaltung gemacht wurden. Diese ganze Vorarbeit wäre vergebens gewesen und von den Gegnern rasch wieder beseitigt worden. Eine andere Finanzgebahrung hätte im bürgerlichen Sinne die großen staatlichen Wirtschaftsbetriebe (Bergwerke, Domänen, Forsten) wieder auf bürgerlich-kapitalistische Grundlage gestellt. Damit hätten auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der beteiligten großen Arbeiterkreise wieder schwer zu leiden gehabt.

Die Kultur- und Schulpolitik, die sich zuletzt in den bewährten Händen unseres Genossen Grotewohl befand und neue Bahnen einschlug, war stets heftigen bürgerlichen Angriffen ausgesetzt. Was hätten die Reaktionäre aus ihr gemacht? — Im Polizei- und Justizwesen hatte unser Genosse A. Junke gegen die heftigsten Widerstände ganz Bedeutsames durchgesetzt und seit zwei Jahren gemeinsam mit der unermüdlichen Tätigkeit des Genossen Oerter, des bestgehaßten Mannes, vieles zu bessern gewußt. Die begonnene Säuberung des höheren Beamtenkörpers von rückständigen oder antirepublikanischen Gestalten kann und wird jetzt weitere Fortschritte machen. Ganz ebenso haben die rechtssozialistischen Minister Antrick und Steinbrecher in ihren Ressorts zielbewußt zu arbeiten verstanden.

Von größeren gesetzgeberischen Maßnahmen steht die neue Kreis- und Gemeindeordnung bevor, deren Beratung durch die bürgerliche Sabotage verzögert und verhindert worden war. Nach Annahme der neuen Verfassung besteht die Beschlußfähigkeit des Landtages bei Anwesenheit der Hälfte der Abgeordnetenzahl (früher zwei Drittel). So ist den Reaktionären jetzt auch dieses billige

Die Vereinigten Staaten und Genua

Washington, 24. Januar.

Im Weißen Hause wird erklärt, es sei noch nicht möglich, etwas über die Absichten der Regierung bezüglich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz in Genua zu sagen, indessen werde eine amtliche Erklärung über diese Frage vor Ende der Woche erfolgen.

London, 25. Januar.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times" schreibt: **Amerika widersetze sich der Anerkennung der Sowjetregierung.** Man sei der Ansicht, Rußland habe nichts zu bieten. Die Herrschaft Lenins, Trotzkis und des Roten Heeres hätte Rußland in seine augenblickliche Lage gebracht. **Es könne nur eine Vermehrung des russischen Elans erwartet werden, solange die Bolschewiken und das russische Rote Heer die Lage kontrollierten.**

In Bezug auf Frankreich herrsche in den höchsten Kreisen ein Gefühl der Bitterkeit und Bestürzung. Von allen Seiten werde auf die unmäßigen und selbstsüchtigen Forderungen der französischen Republik und auf die unverantwortliche und gefährliche Isolierung hingewiesen, zu der sie bereit schienen, ihr Land zu verurteilen.

Arbeitervertreter für Genua?

Paris, 25. Januar.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" glaubt zu wissen, daß der italienische Ministerpräsident Bonomi an alle zur Konferenz von Genua eingeladenen Regierungen appelliert habe, in ihre Delegationen **einen Vertreter der Arbeiterbewegung und einen Genossenschaftsvertreter mit aufzunehmen.**

Ein französisches Gelbbuch über den Kriegsausbruch. Havas bestätigt halbamtlich die Nachricht, daß das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Gelbbuch über die Balkan-Angelegenheiten veröffentlichen werde. Die Schriftstücke würden sich auf die Jahre 1912/13 und 1914 bis zur Kriegserklärung beziehen.

Mittel genommen, die ihnen unbequemen Beratungen und Beschlüsse zu verhindern. Es ist ihnen aber auch unmöglich gemacht, „positiv" schlechte Arbeit zu machen. So gehörte u. a. die Bewilligung der 250 Millionen-Forderung des Exherzogs zu ihren nächsten Plänen.

Die Bildung der neuen Regierung wird voraussichtlich Anfang Februar, bei Zusammentritt des Landtags, erfolgen. Sie kann nur eine sozialistische sein. Freilich pflanzen die Bürgerlichen noch am Grabe die Hoffnung auf, die Rechtssozialisten loseisen und für einen bürgerlich-sozialdemokratischen Mittelblock gewinnen zu können. Eine Idee, die schon lange auch in rechtssozialistischen „Führer"-Kreisen Sympathie findet. Es ist freilich kaum anzunehmen, daß die rechts orientierten Arbeiter sich ähnliches bieten lassen.

Das sozialistische Mitteldeutschland, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, wird intakt bleiben. Der braunschweigische Wahlkampf, ein rechter Klassenkampf, hat so entschieden.

Fehlbetrag im preußischen Etat

Eine Landtagsrede des Finanzministers — Spaltung der kommunistischen Landtagsfraktion

Der preußische Finanzminister, Dr. von Richter, brachte nach alter Tradition heute vormittag den Etat für das Jahr 1922 ein. Er hielt eine nahezu zweistündige Rede, aus der bemerkenswert ist, daß noch für das Jahr 1921 ein ungedecktes Defizit von 2,4 Milliarden vorhanden ist. Die Ausgabe habe zwar der Landtag beschlossen, nicht aber für die erforderliche Deckung gesorgt. Der Minister legte dann das Verhältnis zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden dar und verbreitete sich im einzelnen über das preußische Finanzwesen. Als augenblickliches Deckungsmittel ist das dem Landtag bereits zugegangene Gesetz zur vorläufigen Erhebung einer Steuer auf das Grundvermögen gedacht, das vom Staatsrate allerdings abgelehnt worden ist. In der Hauptsache beschäftigten sich die Darlegungen des Ministers mit der finanztechnischen Seite des Etats. Das Haus, das ziemlich stark besetzt war, folgte den Ausführungen mit nur geringem Interesse. Es herrschte teilweise eine so starke Unruhe, daß der Präsident wiederholt zur Aufmerksamkeit ermahnen mußte. Irgendeine politische Note hatte die Rede des Finanzministers nicht. Sie war so trocken wie die der vielgerühmten Fachminister. Nach der Rede des Ministers will sich der Landtag auf morgen vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Ausführungen des Ministers Stellung zu nehmen und ihren politischen Standpunkt klarzulegen.

Auch im Preußischen Landtag hat sich eine weitere Spaltung der kommunistischen Fraktion vollzogen. Die Fraktion zog mit 31 Vertretern in den Landtag ein. Im Laufe des letzten Jahres sind 3 Abgeordnete, und zwar Fiedler-Breslau, Rusch und Kunze aus der Fraktion ausgetreten. Jetzt haben sich auch die Abgeordneten Paul Neumann und Franke-Solingen den Außenseitern angeschlossen und eine kommunistische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Die Kommunistische Fraktion ist nunmehr nur noch 26 Mann stark.

Die Frage Groß-Hamburg

Wir haben zu verschiedenen Malen auf die Groß-Hamburger Frage verwiesen und gefordert, daß sie ohne jede parlamentarische Engherzigkeit, einzig unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit gelöst werden dürfe. Zu dieser Lösung liefert das eben veröffentlichte Gutachten der Zentralstelle für die Neugliederung des Reichs, das wir im Morgenblatt nur kurz streifen konnten, einen wertvollen Beitrag. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse, unter denen zur Zeit eine wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistung der Bevölkerung dieses Gebiets (Art. 18 der Reichsverfassung) nicht erzielt werden kann, im allgemeinen Interesse liegt. Es hebt hervor, daß diese Aenderung nicht durch Einverleibung Hamburgs in Preußen erfolgen kann. Eine Erweiterung des Hamburger Hafens ist nur nach Süden möglich. Aus diesem Grunde, und weil der zu vergrößernde Hafen einer einheitlichen Verwaltung bedarf, ist eine Einverleibung der preußischen, auf den Elbinseln liegenden Gemeinden Wilhelmsburg, Neuhof, Altenwärder und Finkenwärder nach Hamburg erwünscht. Die Ausdehnung der einheitlichen Hafenverwaltung über die Süderelbe hinaus erscheint aus hafentechnischen Gründen nicht in demselben Maße dringlich. Ein Austausch der Hamburger Exklave Moorburg, soweit sie südlich der Süderelbe liegt, gegen das preußische Gebiet auf den Elbinseln käme vielmehr bei Verlegung der Landesgrenze in den Lauf der Süderelbe in Frage

Das Gutachten empfiehlt für die Durchführung der Bebauungspläne an der Norderelbe nach einheitlichen Gesichtspunkten eine engere Verwaltungsgemeinschaft der preußischen und hamburgischen Gemeinden. Das Gutachten kommt zum Schluß: Nach Lage der derzeitigen besonderen Verhältnisse ist eine Aenderung der preußisch-hamburgischen Grenzen gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen unerwünscht und kaum durchführbar. Die Zentralstelle stimmt den Ausführungen am Schlusse des Kommissionsberichts vom 30. April 1921 dahin zu, daß die Anerkennung der allgemeinen deutschen Interessen an einer wirtschaftlichen und insbesondere sparsamen Verwaltung dieses für das ganze Reich wichtigen Hafen- und Städtegebietes gerade in heutiger Zeit die Verhandlungen zwischen den Beteiligten erleichtern muß. Um die vorhandenen Gefahren einer weiteren unorganischen Ausgestaltung dieses Gebietes zu beseitigen, empfiehlt die Zentralstelle daher, sobald als möglich in solche Verhandlungen einzutreten.

Die Eisenbahnerbewegung

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

„Im Laufe des gestrigen Tages hat der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter zu den von der Regierung gemachten Zugeständnissen in der Frage der Teuerungszuschüsse, zu dem Arbeitszeitgesetz und dem Eisenbahnfinanzgesetz Stellung genommen. Die Verhandlungen, die bis in die Nachtstunden andauerten, endigten, wie wir erfahren, mit einem Streikbeschluß. Dieser Streikbeschluß erfolgte gegen die Satzungen, d. h. ohne vorherige Urabstimmung. In den Verhandlungen wurde die gemäßigte Richtung trotz mehrfacher Einwände vollständig niedergestimmt. Es soll heute ein befristetes Ultimatum an die Regierung gerichtet werden, in dem die sofortige Verbesserung der Einkommensverhältnisse, insbesondere die Erhöhung der Gehälter der unteren Gruppen verlangt und das Arbeitszeitgesetz abgelehnt wird."

In dieser Fassung ist die Meldung unverständlich. Sie wird auch bisher von keiner Seite bestätigt. Auch die Reichsgewerkschaft, die dem Deutschen Beamtenbund angehört, wird wissen, daß sie ohne Befragung ihrer Mitglieder nicht zur Waffe des Streiks greifen kann. Es kann sich also bei diesem „Streikbeschluß" nur um einen Eventualbeschluß handeln, und es wäre zu wünschen, daß die Reichsgewerkschaft endgültige Entschlüsse erst nach Rücksprache mit den anderen Eisenbahnerverbänden und möglichst gemeinsam mit ihnen fassen würde.

In Sachsen ist der Streik überall im Rückgang begriffen.

Der verwesende Kadaver

Die „Rote Fahne" pöbelt unser Blatt und unsere Partei täglich aus allerlei unsinnigen Gründen an. Wir gehen darauf nie ein und vermeiden auch andere Auseinandersetzungen mit dem kommunistischen Blatte nach Möglichkeit, da wir nur von solchen Erscheinungen Notiz zu nehmen pflegen, die politische Bedeutung haben. Zu diesen Erscheinungen gehört die kommunistische Partei nur noch insofern, als ihr Zersetzungsprozeß einiges Aufsehen erregt. Darum müssen wir auf ihn leider eingehen, und zwar fast täglich, denn dieser Prozeß macht so rapide Fortschritte, daß kein Tag vergeht, ohne daß eine neue Etappe in dieser Entwicklung zu erwähnen wäre.

Auf unsere gestrige Notiz „Hinauswurf mit Vorbehalten" antwortet die „Rote Fahne" heute mit einer großen Schimpferei. Die lautet so:

„Die Freiheit bringt einen kurzen Bericht über die Ergebnisse des Zentralausschusses, einen Bericht natürlich, wie die „Freiheit" ihn versteht. Sie leitet ihn ein mit einer Denunziation. Karl Radek sei auf dem Zentralausschuß gewesen. Daß dies nicht der Fall war, ändert an der Tatsache nichts, daß der „Freiheit"-Redakteur, in „gutem Glauben" denunzieren zu können, eine Denunziation begangen hat. Ob dieser Denunziant Herr Waldemar war oder der „Freiheit"-Redakteur das Denunzieren von diesem Herrn gelernt oder es nicht nötig gehabt hat, von diesem Herrn noch zu lernen, ist nebensächlich."

Wieso die Erwähnung Radeks eine Denunziation sein soll, verstehen wir nicht. Radeks Anwesenheit in Berlin ist allgemein bekannt, mit seiner Erwähnung wird also kein Geheimnis offenbart. Jedermann aber, der weiß, daß Radek in Deutschland weilt, der weiß auch, daß die ganze K. P. D. nur noch auf sein Kommando hört. Und dann ist es völlig gleichgültig, ob er selbst die Sitzung des Zentralausschusses der K. P. D. beherrscht hat oder ein anderer „Turkestaner" — in seinem Auftrage. Ueber die kommunistische Partei gibt es doch überhaupt nichts mehr zu „denunzieren". Alle ihre Geheimnisse sind längst enthüllt und über das Treiben in ihren Reihen bestehen keinerlei Zweifel mehr. Aber diese uns zur Last gelegte „Denunziation" war der „Roten Fahne" ein willkommener Anlaß zu einer neuen Verleumdung unseres Blattes.

Zur Beruhigung der Aufgeregten fügen wir hinzu, daß unsere Information nicht von Waldemar stammt.

Beamtenzulagen in Preußen

Wie bereits gemeldet wurde, hat der Preußische Landtag den Gesetzentwurf über die Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlags an unmittelbare Staatsbeamten und Lehrpersonen sofort in allen drei Lesungen ohne Aussprache genehmigt, so daß der Gesetzentwurf sofort in Kraft treten kann. Durch das neue Gesetz wird der Ausgleichszuschlag nicht wie bisher für alle Gehaltsgruppen prozentual gleichmäßig erhöht, sondern nur für einen bestimmten Teil aller Diensteinkommen, nämlich für die ersten 10 000 M., ein weiterer Ausgleichszuschlag von 20 Prozent gewährt. Es werden also künftig sämtliche planmäßigen Staatsbeamten und Lehrpersonen Preußens, die ein Grundgehalt nebst Ortszuschlag von 10 000 M. oder höher erhalten, einen Betrag von jährlich 2000 M. mehr als bisher zugewiesen bekommen. Für die wenigen Fälle, in denen Grundgehalt nebst Ortszuschlag unter 10 000 M. bleibt, wird sich auch der neue Mehrbetrag dementsprechend vermindern.

Für die nicht planmäßigen Beamten und die ihnen gleichgestellten Personen ist eine entsprechende Regelung vorgesehen. Sie werden Mehrbeträge von jährlich 1900 bis 2000 M., die nicht planmäßigen Volksschullehrer in den beiden ersten Jahren etwas geringere Mehrbeträge erhalten. Auch für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen werden die Bezüge entsprechend erhöht.

Italienischer Genossenschaftskongreß

Mailand, 24. Januar. (Intel.)

Der gegenwärtig in Mailand tagende Kongreß der Genossenschaften nahm eine Entschließung an, in der die Ausschaltung der privatwirtschaftlichen Spekulationen als das Bestreben der Genossenschaftsbewegung bezeichnet wird. Ferner wird die Errichtung von Arbeitergenossenschaftsbanken oder Depositenkassen als ein lebenswichtiger Faktor des Befreiungskampfes der Arbeiter erklärt, die Zusammenfassung aller proletarischen Charakter tragenden Kreditinstitute zu einem einheitlichen Verband gefordert und der neue Vorstand mit der sofortigen Durchführung der entsprechenden Maßnahmen beauftragt.

Ein polnisches Zensurstück

Warschau, 24. Januar (Intel.).

Die polnische Zensur hat den Brief Karl Marx' an die Internationale Arbeiterassoziation über die irische Frage, den das ukrainische sozialistische Blatt „Wpered" in einem Artikel veröffentlichen wollte, zur Hälfte gestrichen. Der Artikel enthielt nämlich eine Polemik gegen das Warschauer Organ der P. P. S. „Robotnik", das die ostgalizische Frage mit der irischen Frage verglichen hatte.

Beethoven

Ansprache im Großen Schauspielhaus

gehalten von Felix Stössinger

Wir geben hier einige Abschnitte der Rede wieder, die Genosse Stössinger Sonntag im Großen Schauspielhaus in den Proletarischen Feierstunden gehalten hat.

Genossen und Genossinnen! Erst acht Tage sind vergangen, seitdem tausende Arbeiter und Arbeiterfrauen hier in diesem Hause zu der Kundgebung unserer Partei vereinigt waren, in der unser Wille zur europäischen Verbrüderung zum Ausdruck kam. Und wieder sind heute zur Proletarischen Feierstunde mehr als 2000 Männer und Frauen des werktätigen Volkes gekommen, um diesmal einer künstlerischen Feier beizuwohnen. Freilich gibt es für uns keine Trennung von Kunst und Politik. So führen wir Beethoven heute nicht auf als den Meister einer vollkommenen Musik, sondern als den Künstler, dessen Sprache man in allen Ländern versteht und der mehr als irgendein anderer die Sprache der Unterdrückten und der Befreiten gesprochen hat.

Vermessen scheint es mir, zwischen zwei Werken von Beethoven selbst, zwischen der eben verrauschten Egmont-Ouvertüre und der Fünften Symphonie, die dann folgen soll, seine Musik in Worte zu übersetzen. Keine Sprache vermag Musik zu übersetzen, und wie gar die von ihm.

Als ich vorhin Beethoven den Sprecher der Unterdrückten und der Befreiten nannte, gab ich eine Andeutung seiner Persönlichkeit. Vielleicht führe ich Sie am besten an seine Musik heran, wenn ich diesem seinem Wesen einige Worte widme. Denn seine Musik der Freiheit und des Freiheitskampfes stammt von einem Menschen, der auch außerhalb der Kunst das lebte und litt, was seine Töne aussprachen.

Schiller hat uns ein schlechtes Wort hinterlassen: „Ernst ist das Leben, heiter die Kunst." Nichts drückt besser aus, welche Kunst wir nicht wollen: Keine leichten Tänze und Lieder, die wie rosige Wolken am Himmel ziehen, ohne Ahnung davon, daß tief unten die Erde vom Blutschweiße der unfreien Arbeit und von den Qualen der Ermordeten schwelt.

Beethovens Kunst ist nicht heiter im Gegensatz zum Ernst seines Lebens. Sie ist wie er: ernst.

Wenn wir uns Beethovens Bildnis vor Augen stellen und es mit anderen Musikern vergleichen, auch mit dem seines Lehrers Haydn, so sehen wir das erste Musikerhaupt, das keine Perücke mehr trug. Die große Revolution hatte die Perücken und noch manches andere vernichtet. Und zu den Menschen, die sie gebar, gehörte auch Beethoven. (Schon äußerlich gleicht er Danton, dem Löwen der französischen Revolution.)

Aber Beethoven war nicht Revolutionär von Jugend auf, nicht Revolutionär aus Jugend, sondern er begann eher konservativ. Seine Gesinnung wuchs mit ihm und sie beglaubigte sich dadurch als sein eigenstes Wesen, daß sie mit seinem Alter reif und ehern wurde. Als sich seine Kunst von der Vergangenheit befreit hatte, sprach er in seiner Musik fast nur noch das Leiden und den Triumph des freien Willens aus, das heißt, das Leiden des unterdrückten Menschen und den Jubel, das unfaßbare Glück des Befreiten.

Als Jüngling hatte Beethoven die Revolution bis ans Rheinland schlagen gehört. Diese Zeit lehrte ihn, die Freiheit als den ursprünglichen Zustand des Menschen erkennen. Mozart war erbittert über seinen Brotgeber, den Erzbischof von Salzburg, wenn er mit einem Fußtritt in den Hintern aus dem Zimmer gejagt wurde, und wenn er, während seine Musik die Gesellschaft erheiterte, von ihr nicht der Gnade gewürdigt wurde, am gleichen Tisch zu essen. Als Prinz Louis Ferdinand, den ein Kapitel der Hohenzollern-Legende als begabten Komponisten schildert, in Wien Beethoven huldigte, aber dann beim Essen für Beethoven nebenan gedeckt wurde, nahm Beethoven seinen Hut und ging. Und wie den preußischen zeigte er auch den Wiener Aristokraten öfters seine Kehrseite.

Aber Beethoven beanspruchte nicht, wie heute unsere Bourgeois-Künstler, jene beliebig große Freiheit und Anbetung seiner Person. Beethoven wollte nichts für sich, er wollte sein ganzes Ich für die Menschheit. Der Beethovensche Mensch steht daher nicht isoliert in der Gesellschaft. Er sucht wohl die Einsamkeit, aber nur um sich in ihr für seine Selbstaufopferung zu sammeln. „Du darfst nicht Mensch sein für dich, nur für andere", rief sich Beethoven selbst zu.

Als Mann sagte er: „Ich war von Kindheit an bestrebt, Großes zu tun" und auf dem Sterbebette schien es ihm, als ob er noch nichts geschaffen hätte.

Schaffen! Für die Menschheit schaffen und entbehren! Das war der Sinn seines Lebens, das mit solchem Willen zur Größe begann und mit soviel unverbrauchter Größe endigte. In diesem Leben litt Beethoven mehr als irgendein anderer großer Künstler, mehr als Michelangelo, dem er in vieler Hinsicht gleicht. Aber er litt auch weniger, denn er drückte nicht wie Michelangelo nur den Schmerz, sondern auch die Freude aus. Aus Krankheit wurde Beethoven Menschenfeind. Als Tauber schrieb er die menschlichste Musik. Oefter als jeder andere Künstler war er dem Selbstmord nahe. Aber der Gedanke an die Menschheit hielt ihn zurück. „Man darf nicht freiwillig scheiden, solange man noch eine gute Tat tun kann." Wann also durfte er scheiden?! Niemals!! Denn „allzeit", schrieb er ein anderes Mal, „werde ich willfährig sein, etwas Gutes für die leidende Menschheit zu tun, solange ich atme".

Die leidende Menschheit! Die glückliche Menschheit! Der Sieg des Willens! Die Not des Willens! Das waren und blieben die unerschöpflichen, doch von ihm immer wieder endgültig gestalteten Themen seiner Kunst. Es war die Revolution selbst, die er schuf, nicht die einmalige, sondern die dauernde. Das tägliche Ereignis, das er bewußt in seiner Musik erlebte: Tod und Auferstehung, Not und Freiheit.

Wohl verachtete er die kleine und feige Menschheit, den Oesterreicher von damals, der „nicht revoltiert, solange er noch braun's Bier und Würstel hat". Wohl bewunderte er Napoleon, wie er auf den Schlachtfeldern zweier Kontinente leicht wie ein Gott die alte Welt in Stücke schlug. Er bewunderte nicht das Kraftgenie, er bewunderte nicht die Mensch gewordene Willenskraft, sondern er bewunderte die Sache, für die Napoleon siegte. Als der Konsul Napoleon sich zum Kaiser gekrönt hatte, zerriß er die Widmungsseite der Dritten Symphonie, weil er glaubte, daß Napoleon die Sache der Menschheit verlassen habe. „Nun wird er auch alle Menschenrechte mit Füßen treten."

Im Dienste des Menschenrechtes, für die Freiheit des Individuums opferte Leonore ihr Leben, das Beethoven in der Oper „Fidelio" und in drei Ouvertüren verherrlicht hatte. Deutsche Bewunderer haben Leonore als Heldin der Treue gerühmt. Welche niedrige Bewunderung! Beethoven war kein Spießbürger, daß ihn ein Opfer um der ehelichen Treue willen zu so gewaltigen Tönen inspiriert hätte. Leonore opfert ihr Leben um der Freiheit willen. Sie opfert ihre Freiheit für die Freiheit ihres Mannes. Und wie weiß Beethoven dieses Glück der Freiheit zu singen. Welcher Ueberschwang in dem Duett von Leonore und Florestan. Was kommt der, ich kann es nicht anders sagen, schauerlichen Wirkung der Hörner gleich, die hinter der Szene die Ankunft des Retters ankündigen. Das ist nicht der Effekt einer dramatischen Lösung. Das ist der Weckruf eines neuen Lebens, das sind die Hornsignale des jüngsten Tags.

Hat Beethoven in der Leonoren-Ouvertüre, die am Ende unseres Programms steht, den Sieg einer Freiheitstat gesungen, so schuf er in der Egmont-Ouvertüre die Verklärung einer jener Niederlagen, aus denen sich der ganze, unvermeidliche siegreiche Krieg unserer Klasse zusammensetzt. Die Leonoren-Ouvertüre ist voll von den Schauern einer großen Tat. Die Egmont-Ouvertüre umgibt mit den Aureolen der Auferstehung den ruhmreichen Untergang eines Volkes, das im Tode seines Helden sich selbst verlor.

Nicht nur die Tat, auch die Not und den Jubel drückt Beethovens Musik aus. Er schuf den beklemmenden Schmerz gelitte

Aus Deutsch-Oesterreich

Bevorstehender Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers

Wien, 25. Januar. (Intel.)

Voraussichtlich wird der Bundeskanzler Schober infolge der Opposition der Großdeutschen schon am Donnerstag demissionieren. Schober gedenkt nach seinem Rücktritt einen dreimonatigen Urlaub anzutreten. Allerdings sind von christlichsozialer Seite noch Bemühungen im Gange, um Schober zum Bleiben zu bewegen. Als Nachfolgerin des gegenwärtigen Kabinetts kommt nur eine rein christlich-soziale Regierung in Frage. Ein Beamtenministerium, das, wie bei früheren Regierungskrisen auch diesmal wieder von den bürgerlichen Parteien gewünscht wird, wird von den Sozialdemokraten abgelehnt. Als Nachfolger Schobers wird heute hauptsächlich der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Mayr genannt, dessen Regierung sich auf die Stimmen der Christlich-Sozialen und der ihnen nahestehenden Partei der deutschen Bauern stützen würde, die zusammen eine Mehrheit von zwei Stimmen gegenüber den Sozialdemokraten und den Großdeutschen haben.

Die tschechische Anleihe für Oesterreich

Im Christlich-Sozialen Club teilte der Finanzminister Dr. Gütler gestern mit, daß die Verhandlungen über eine Kreditanleihe in der Tschechoslowakei einen günstigen Verlauf nhmen. Oesterreich würde nach der Flüssigmachung und Auszahlung der Vorschüsse seitens England an die Tschechoslowakei von der tschechischen Regierung den Betrag von **500 Millionen tschechischer Kronen in Waren** unter den gleichen Bedingungen wie die Tschechoslowakei von England erhalten.

Die „Arbeiterzeitung" über den Valutasturz

Anläßlich des katastrophalen Sturzes der österreichischen Valuta in den letzten Tagen verweist die „Arbeiterzeitung" auf die gegenwärtige Zustände in Rußland und erklärt, **daß auch Oesterreich eine Katastrophe russischer Art drohe.** Defizitwirtschaft und das Anwachsen des Papiergeldes senken von Tag zu Tag den Wert der Krone. **Ohne kräftigste Gegenwehr wird die Krone binnen wenigen Monaten so entwertet sein, wie der Sowjetrubel.** Planmäßige, zielbewußte Arbeit tut not, auch wenn sie von uns selbst manches Opfer erheischt. Nur solche Arbeit kann uns davor bewahren, daß Rußlands Schicksal auch zu dem unseren wird.

In den ersten zwei Wochen des Januar hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Mitte Januar waren auf den Wiener Arbeitslosenämtern 27 478 Arbeitsuchende vorgemerkt, von den 12 800 Arbeitslosenunterstützung empfingen. Die Arbeitslosigkeit hat wieder ungefähr den Stand vom September 1921 erreicht.

Das Organ der kommunistischen Partei Oesterreichs „Die Rote Fahne" wurde wegen eines Berichtes über eine Arbeitslosenversammlung konfisziert. Am folgenden Tage konnte das Blatt wieder erscheinen.

Verständigung in Irland

Südirland und Ulster arbeiten zusammen

Die weitere Entwicklung der irischen Frage, namentlich das Verhältnis Südirlands zu Ulster, hat eine plötzliche und überraschende Wendung genommen. Das politische Ereignis des Tages ist die Zusammenkunft, die soeben in London zwischen dem Präsidenten der provisorischen irischen Regierung Michael Collins und dem Ministerpräsidenten Ulsters, Sir James Craig, stattgefunden hat. Beide Regierungschefs schlossen ein Uebereinkommen, das nach allgemeiner Ansicht einen höchst bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Besserung der Beziehungen Nord- und Südirlands darstellt. Südirland und Ulster haben sich dahin geeinigt, daß die Frage der Grenzziehung zwischen ihnen beiden direkt unter Ausschaltung Englands geregelt werden soll. In der Grenzkommission wird demnach — entgegen dem englisch-irischen Vertrag — ein englischer Delegierter nicht vertreten sein. Ferner hat Collins im Namen Südirlands zugesagt, daß der Boykott Delfasts unverzüglich aufgehoben werden soll, wohingegen Craig die Zusicherung gab, daß die katholischen Arbeiter, in Sonderheit der Werften, unbehelligt nach Ulster zurückkehren könnten. Durch diese Regelung wird eine Quelle der religiösen und politischen Verbitterung endlich verstopft, die in Belfast zu so vielen Mordtaten geführt hat. Schließlich — und dies ist besonders wichtig — haben sich der Irische Freistaat und Ulster dahin verständigt, daß der als Bindeglied zwischen ihnen beiden gedachte Rat von Irland in Fortfall kommt und durch ein wirksameres System der Zusammenarbeit ersetzt werden soll.

Irlands Arbeiter melden sich

Der Kampf um Irlands Selbständigkeit ist zwar vorläufig beendet, aber für die Arbeiterschaft Irlands hat damit der Kampf nicht aufgehört, sondern ist in ein neues Stadium getreten. Das Exekutiv-Komitee der Irischen Arbeiterpartei und der Trades Union Congress (Gewerkschaftskongreß) hat an die Arbeiterschaft Irlands ein Manifest erlassen, in dem es heißt, daß durch den englisch-irischen Vertrag ein Kapitel der Geschichte Irlands abgeschlossen sei, daß aber der Kampf für die Befreiung der irischen Männer und Frauen fortgesetzt werden müsse.

„Arbeiter, von jetzt an muß euer Kampf ganz offen und eindeutig gegen den Kapitalismus gerichtet sein. Ihr müßt jetzt euren Kampf führen, den Kampf für euer Leben, und zwar für ein ausreichendes Leben. Nunmehr müßt ihr kämpfen gegen Zustände, die euer Dasein zu einem ständigen Kampfe gegen niederdrückende Armut, gegen Schmutz und Unwissenheit machen, einen Kampf gegen die jedes Empfinden vernichtende Lohnsklaverei.

Wir verlangen eine Republik, in welcher diejenigen, die arbeiten und der Allgemeinheit dienen, auch bestimmen; **wir erstreben eine Republik, in der der Reichtum der Allgemeinheit dient und nicht der Herrscher ist. . .** Wo das Eigentum dem Staate verfällt, wenn es mißbraucht oder nicht im Interesse des Staates verwendet wird. Wo freie Männer und freie Frauen und Kinder als das wertvollste Gut der Nation gelten. Wo die Machtmittel des Staates zugunsten der Schwachen in Anwendung gebracht werden. **Wo keiner reich sein darf, solange es noch Menschen gibt, die nicht genug haben.** Wo der Reichtum nicht über die Arbeit herrschen darf; denn die Arbeit steht über dem Reichtum. Wo alle, die arbeiten wollen und arbeitsfähig sind, arbeiten können und in einer Weise entlohnt werden, daß sie ein anständiges Leben führen können.

Welche Regierungsform der neue Staat Irland erhalten mag, ob er Republik oder Freistaat sich nennt — er verdient diesen Namen nicht, solange diese Forderungen nicht erfüllt sind.

Während des Kampfes haben die Arbeiter ihre Forderungen zurückgestellt. **Die Stunde ist gekommen, daß sie sie jetzt erheben!"**

Jean Martin gestorben

Am 17. Januar ist in Mülhausen im Elsaß der Genosse Jean Martin im Alter von 54 Jahren gestorben. Mit ihm verliert das sozialistische Proletariat einen bedeutenden Streiter, der sich im Kampfe gegen den preußischen Militarismus manche Wunde geholt, aber doch unentwegt die Fahne des Proletariats hochgehalten hat. Martin war von der Zeit ihrer Gründung an Redakteur der Mülhauser „Volkszeitung", welche nach dem Verbot des durch unseren Genossen Adolf Geck herausgegebenen „Rheinboten" ins Leben gerufen worden ist.

Beim Einzug der Franzosen ins Elsaß ließ sich Jean Martin von der französischen chauvinistischen Welle, die damals das Elsaß durchraste, mitreißen und stimmte in den begeisterten Empfang ein, welchen das Elsaß dem damaligen Präsidenten Poincaré bereitet hat. Durch diesen Fehltritt hat Martin einen großen Teil des Ansehens, das er bis dahin innerhalb der elsässischen Arbeiterschaft genoß, eingebüßt. Es muß aber hervorgehoben und anerkannt werden, daß sich Martin bei dem ersten Einzug der französischen Truppen im Elsaß mit seinem ganzen Einfluß gegen die Ausweisung der Deutschen eingesetzt hat, wie er überhaupt nie für eine Annexion von Elsaß-Lothringen durch Frankreich eingetreten ist, sondern für dieses Land nur Autonomie gefordert hat.

Als nach dem Kriege die „Volkszeitung" in den „Republikaner" umgewandelt worden ist, übernahm Martin von neuem die Redaktion. Er blieb als ein Gegner der 21 Moskauer Punkte der französischen sozialistischen Partei auch nach der Spaltung von Tours treu.

Polens Vertreter in Genua. Auf der Konferenz von Genua wird Polen durch den Außenminister Skirmunt, den Handelsminister Straßburger und den Minister Steslowcz vertreten werden.

Lohnherabsetzung in England. Das englische Arbeitsministerium teilt mit, daß von den Lohnreduzierungen im Jahre 1921 sieben Millionen Arbeiter betroffen wurden. Die Summe, um die die Löhne herabgesetzt wurden, beträgt sechs Millionen Pfund Sterling. Von gewerkschaftlicher Seite werden diese Zahlen als zu gering bezeichnet. — Die Vereinigung der Zeitungsverleger beabsichtigt, eine Herabsetzung der Löhne und eine Erhöhung der Arbeitszeit durchzuführen. Von diesen Maßnahmen würden 50 000—60 000 Arbeiter betroffen.

Aus den Bezirken

In der Tempelhofer Bezirksversammlung bildete die große Feuersbrunst in den Sarotti-Werken neben den Wahlen den Mittelpunkt der Beratungen. Es lagen ihnen drei dringliche Anfragen zugrunde, von denen die der Bürgerlichen Fraktion folgenden Wortlaut hatte: „Nach verschiedenen Zeitungsberichten soll die Tempelhofer Feuerwehr bei den ersten Löschangriffen auf die Feuersbrunst der Sarotti-Fabrik am 20. Januar die Gefahr unterschätzt und die Berliner Feuerwehr zu spät zur Hilfeleistung hinzugerufen haben. Entsprechen diese Mitteilungen den Tatsachen? Trifft es ferner zu, daß die feuerpolizeiliche Sicherung der Sarotti-Fabrik nicht allen Anforderungen entsprochen haben soll?" Die sozialdemokratische Anfrage betraf die sofortige Sicherung anderer Industriebauten, während die Unabhängigen anfragten, auf welche Ursache die umfangreiche Ausdehnung des Sarotti-Feuers zurückzuführen sei. Bürgermeister Groß erklärte daraufhin, daß von Anfang an die Maßnahmen der Tempelhofer Feuerwehr so gewesen seien, wie es die Situation verlangte. Um 10 Uhr 16 Minuten sei die Wehr alarmiert worden, sie sei in einer Minute marschbereit und 10 Uhr 26 Minuten auf der Brandstelle gewesen. Die Aufgabe der Wehr war es dann, den Brandherd zu ermitteln und dort einzugreifen. Das sei geschehen. Der Brandmeister habe sodann sofort die benachbarten Wehren um Hilfeleistung angerufen, in Neukölln sei die Meldung um 10 Uhr 28 Minuten eingelaufen und 10 Uhr 45 Minuten sei bereits diese Wehr erschienen. In dieser Zeit bis 11 Uhr habe man aber auch die Berliner Wehr herbeigerufen. Das Kesseltreiben gegen die Tempelhofer Feuerwehr ist ganz ungerecht. Die Tempelhofer Wehr habe pflichtgemäß gearbeitet, die Berliner Zentrale hätte nicht anders arbeiten können. (!)

Stadtbaurat Bräuning verbreitete sich dann noch über die Anlage der vom Professor Dernburg entworfenen Sarotti-Fabrik und besonders über den Mangel an Brandmauern. Stadtrat Ewald (Soz.) stellte fest, daß die Tempelhofer Wehr erst eine Stunde nach Ausbruch des Feuers herbeigerufen worden sei. Die Bevölkerung hätte sich jeder Meinungsäußerung über die Tätigkeit einer Wehr enthalten müssen, von der jeder sein Leben einsetze.

•

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung des **Bezirks Spandau** nahm wider Erwarten einen friedlichen Verlauf. Während die erste Versammlung infolge der Obstruktion des Bürgerblocks bei der Vorsteherwahl beschlußunfähig auseinanderging, waren diesmal die Bürgerlichen ruhig, so daß die Wahlen ohne Störung vorgenommen werden konnten. Bezirksv. Hartung (S. P. D.) wurde Vorsteher, Bleichmann (D. V.) Stellvertreter, Ammann (Z.) und Reichert (U. S. P.) Schriftführer, Hanraths (D.-Soz.) Beisitzer. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne wesentliche Einwendungen erledigt, nur bei zwei Punkten platzten die Gemüter aufeinander. Bei dem Punkt Notstandsarbeiten schilderte Gen. Reichert in trefflicher Weise die Not der Arbeitslosen. Noch einmal gab es stürmische Szenen bei unserem Antrag: „Das Bezirksamt wird ersucht, beim Magistrat dahin zu wirken, daß derselbe bei der Regierung sich dafür einsetzt, daß die Demobilmachungsbestimmungen nicht am 31. März aufgehoben werden, sondern bis eine anderweitige gesetzliche Regelung erfolgt, bestehen bleiben." Der Antrag wurde gegen die gesamte Linke vom Bürgerblock abgelehnt.

Unhaltbare Zustände beim Freibankfleischverkauf

In der Thaerstraße, im Osten Berlins, befindet sich die Freibank, wo einige Male in der Woche minderwertiges und gebrühtes Fleisch für 8 oder 10 M. ausgegeben wird. Jeder Käufer erhält nicht mehr als zwei Pfund dieser „Götterspeise".

. . . In der Nacht, in schneidender Kälte, unwirtlichem Wind, feinrieselndem Schnee stehen 800 bis 1000 Menschen an der langen Mauer des Viehhofes, warten und warten, bis morgens 8 Uhr die Freibank ihre Pforten öffnet. Es ist ein Bild des Jammers, diese Männer und Frauen, Greise und Kinder anzusehen, die zum Teil in grotesker Weise sich vor der Kälte schützen wollen. Pferdedecken um die Schultern, die Ohren verwickelt, unter den Füßen kleine Bretter, so kauern diese Leute, die sich teilweise schon nachmittags anstellen, an der Wand oder sitzen auf mitgebrachten kleinen Stühlen, Schemeln usw. — Die ganze Familie stellt sich an, Vater, Mutter und Kinder, und zwar um sich gegenseitig abzulösen, oder um möglichst viele Portionen zu schalen, die dann an Restaurateure verschärft werden. — Mittagstisch zu bürgerlichen Preisen. —

Aber auch Geschäfte anderer Art werden geschlossen. Burschen stellen sich an und verkaufen dann ihren Platz. Ob dessen immer Halloh bei den andern „Anstellern". Und wie sich die Leute die Zeit vertreiben! Einige schlafen, andere erzählen, krampfhaft die warme Kaffeepulle in den erstarrten Händen, aber die meisten schimpfen — über die, die sich früher angestellt haben. „Diese olle Zicke da vorne, die bleibt heute gleich hier vors nächstemal." „Det jeht dir oller Krippensetzer jar nischt an!" usw. usw. im schärfsten „Vogtländern". Die Leute, die sich dort anstellen, wahrlich kein Vergnügen, geben sich die redlichste Mühe, einander das Leben, vielmehr das Anstellen, noch schwerer zu machen. Schupo sorgt für „Ordnung".

Eins der vielen Berliner Elendsbilder, das sich aber nur durch die Verständnislosigkeit der „Ansteller" und Untätigkeit der Behörden entwickeln und verschärfen kann. Manche wirklich bedürftigen Familien erhalten überhaupt kein Fleisch, andere erhalten 10 und mehr Pfund und verkaufen es weiter mit Aufschlag.

Am zweckmäßigsten wäre die Einführung eines Markensystems. Die Marken werden nur an bedürftige Familien ausgegeben. Mit einem Schlage würden die unhaltbaren, unwürdigen Verhältnisse beseitigt sein, sicherlich im Interesse vieler Ansteller, die sich nicht nur die Nacht um die Ohren schlagen, sondern sich auch schwere Krankheiten dabei holen.

So wie jetzt kann es aber keineswegs weitergehen. Der Magistrat kann den Dingen nicht länger tatenlos zusehen, er darf nicht die einfache Ausrede gebrauchen, es handelt sich um einen Privatbetrieb. Wenn es so ist, muß dieser „Privatvertrieb" eben schleunigst aufhören.

Zahlreiche Brände hatte am gestrigen Tage die Berliner Feuerwehr zu löschen. In der Nacht zum Dienstag kam in Stralau um 2 Uhr in der Fabrik von F. Schulze, Friedrich-Junge-Straße, Feuer aus. Es gelang der Stralauer Wehr, die Flammen auf einen Fabrikraum zu beschränken. — Der 11. Löschzug hatte längere Zeit in der Simeonstraße 11 zu tun, und abends in der Bilderrahmenfabrik von Köllner, wo ein sehr gefährlicher Brand aus unbekannter Ursache entstanden war, der reiche Nahrung gefunden hatte, so daß andere Betriebe in Gefahr schwebten. Infolge großer Verqualmung war unter den Hausbewohnern eine Panik entstanden. Der Feuerwehr gelang es, die geängstigten Personen zu beruhigen und vor übereiltem Herabspringen aus den Fenstern abzuhalten. Der Schaden soll erheblich sein. — Vor dem Stettiner Bahnhof brannte eine Autodroschke lichterloh abends nach 10 Uhr. Gleichzeitig stand die Wohnungsbaracke 17 in der Swakopmunder Straße in Flammen, und in der Kolonie Schillerhöhe, am Schillerhain, nahe der Hennigsdorfer Straße, eine Wohnlaube. — Nachts um 1 Uhr mußte ein größerer Kellerbrand, Friedrichstr. 197, gelöscht werden, der viel Arbeit verursachte. Unter den Linden 44 brannten Bureauräume, Wiener Str. 9 ein Lichtschacht. Dragonerstr. 1 brannte ein Lagerraum; Grätzstr. 27 eine Wohnung und Zelterstraße (Laubenkolonie) eine Laube. Wasserrohrbrüche wurden mehrere gemeldet.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Trocken und größtenteils heiter bei strengem Frost und scharfen östlichen Winden.

---

ter Menschen in den Chören des Fidelio. Den Aufschrei der ganzen Natur nach der Tat. Er schuf die seligste Musik von der inneren Befreiung einzelner Menschen in unzähligen Werken, und er schuf die Freudenchöre, in denen die Menschheit auf die Zeiten der Fesselung wie auf eine unendlich weite Vergangenheit zurückblickt. Und er schuf das Aufgehen dieser ganzen, in einer einzigen Seligkeit vereinigten Menschheit, das Aufgehen in die höchste Idee und Wirklichkeit in Gott — in seiner feierlichen Messe.

Gab es irgendein Gesetz, das Beethoven sich selbst auferlegte, so war es das moralische Gesetz in ihm und der gestirnte Himmel über ihm.

Keine andere Bindung als diese kann das um seine Freiheit kämpfende Proletariat anerkennen. In seiner Befreiung befreit es sich von aller Gesetzlichkeit, die nur zeitlich ist; akzeptiert es die Gesetzlichkeit, die ewig ist: das moralische Gesetz in uns — den gestirnten Himmel über uns.

Beethovens Musik drückt dieses Ringen aus, das ewig ist, und diese letzte Gesetzlichkeit, die unerreichbar ist und die wir doch täglich erkämpfen und erzwingen müssen. Seine Musik, Arbeiter, ist die unsere. In ihr bebt der Kampf, den wir führen müssen. In ihr umarmt sich die befreite Menschheit.

Ein Völkerbundsbericht über den Gesundheitszustand in Rußland. Dem Gesundheitskomitee des Völkerbundes ist von Dr. Norman White und Dr. L. Rajchmann ein Bericht über die russischen Gesundheitsverhältnisse erstattet worden, der in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" wiedergegeben wird. Entgegen vielfachen Meldungen wird hier festgestellt, daß im europäischen Rußland kein Fall von Pest vorgekommen ist. Eine Epidemie in Batum wurde durch Impfungen unterdrückt. Die Cholera, die in den Hungergebieten im Sommer schrecklich hauste, ist unerwartet plötzlich völlig verschwunden. Am Flecktyphus erkrankten 1919 über 2 Millionen und 1920 fast 3 Millionen. Diese offiziellen Zahlen dürften aber viel zu gering sein, so daß man annehmen kann, die Zahl der am Flecktyphus Erkrankten habe in den letzten zwei Jahren weit über 20 Millionen betragen. Noch mehr Menschen als am Flecktyphus erkrankten am Rekurrens-Fieber, das aber geringe Sterblichkeit hervorrief. Pocken sind weit verbreitet, doch nimmt die Zahl der Geimpften ständig zu; Malaria trat im Wolgagebiet und merkwürdigerweise auch in Archangel in sehr schwerer Form auf.

Säuberung der Schulbibliotheken — in Oesterreich. Wie die „Reichspost" meldet, ordnet ein vom Präsidenten des Landesschulrates Glöckel herausgegebener Erlaß die sofortige Entfernung aller derjenigen Bücher aus den Wiener Schulbibliotheken an, die als Jugendschriften ungeeignet erscheinen. Außer fast allen Büchern, die das habsburgische Oesterreich und den Weltkrieg betreffen, stehen auf der Liste der verbotenen Bücher u. a. alle Schriften von Franz Brentano, Oskar Höcker, Karl May, Gustav Nieritz, Luise Büchler, Frida Schanz, Christoph Schmidt, Toni Schumacher, Spielmann und Ottilie Wildermuth. In dem Erlaß heißt es, daß von der Ausmerzung sämtlicher einer modernen Jugendschriftenkritik nicht mehr standhaltenden Jugendbücher zur Zeit abgesehen werde, da die Bestände der Schülerbibliotheken sonst auf ein völlig belangloses Minimum zusammenschrumpfen würden.

Die Ostmesse als Bücherzensor. Die Vereinigung internationaler Verlagsanstalten hat versucht, auf der Deutschen Ostmesse in Königsberg ihre Bücher auszustellen. Das wurde ihr von der kaufmännischen Abteilung des Messeamtes verwehrt, unter Berufung auf den Brauch, keine politischen Schriften auszustellen. Unter den Schriften des Verlages befinden sich auch wirtschaftspolitische Bücher von führenden Persönlichkeiten der Sowjetregierung, über die man ja denken kann, wie man will, die aber doch sicher berufen sind, auf einer Ostmesse mit ausgestellt zu werden, wo doch diese Ostmesse in erster Linie die Aufgabe haben sollte, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Rußland zu fördern. Etwas weniger Engherzigkeit würde nicht nur die Fähigkeiten des Messamtes in besserem Licht erscheinen lassen, sondern auch den Aufgaben der Messe dienen.

Tages-Notizen

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums Steinstraße, Uebungsstunde. — „Erlösung" von Bruno Schönlank. Es müssen alle Mitglieder erscheinen.

Volksbildungsamt Neukölln. Sonntag, 7½ Uhr, findet in der Aula Boddinstraße 34-41, der 3. Kammermusikabend (Beethoven) statt. Mitwirkende: Elly Brandenberg (Klavier), Hans Bassermann (Violine) und Armin Liebermann (Cello). Zum Vortrag gelangen: Die beiden B-dur-Trios op. 11 und op. 97. Violin- und Cello-Soli. Karten im Rathaus, Zimmer Nr. 257, Konzertkasse Boding, Bergstr. 43, Weltpanorama, Kaiser-Friedrich-Str. Nr. 8, Städt. Installationsgeschäft, Hermannstr. 95-96, Rathaus Britz, Hannemannstraße, Buchhandlung Henkel, Stuttgarter Str. 40.

Theater. Theater am Bülowplatz. Donnerstag: König Lear. — Kammerspiele: Donnerstag und Sonnabend: Anatol. Der Pantomimenabend auf Dienstag verschoben. — Das Moskauer Künstler-Theater beginnt sein letztes Gastspiel im Deutschen Künstler-Theater Sonnabend, 4. Februar. Es spielt am 4. Der Kirschgarten. 5. Jede Weisheit hat einen Haken. 6., 8., 10. Hamlet (mit Katschalow in der Titelrolle). 7. Nachtasyl. 9. Drei Schwestern. 11. Der Kirschgarten. Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen ab 27. Januar.

„Gedichte der Gefangenen" von Ernst Toller wird Ernst Friedrich Donnerstag, 7½ Uhr, in der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Petersburger Str. 30, sprechen.

Kleine Mitteilungen. Gregor Zielsen beginnt am 25. Januar einen Vortrags-Zyklus von acht Abenden über „Spinozas Philosophie und die jüdische Weltanschauung" Mittwoch, 5½—10 Uhr, in der Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141. — Der amerikanische Zeitungsverleger Lord Northcliffe hat einen Preis von 100 000 Dollar ausgesetzt für einen Akademiker oder Studenten jeder anerkannten Universität, der innerhalb der nächsten fünf Jahre ein wirksames Heilmittel gegen den Krebs entdeckt. — Der norwegische Bildhauer Stefan Sinding ist am 23. Januar in Paris gestorben. Sinding ist 75 Jahre alt geworden.

Die Vereinigung brandenburgischer Museen begann jetzt mit der Herausgabe einer Halbmonatsschrift „Brandenburg" unter Leitung von Rudolf Schmidt-Eberswalde. Die Zeitschrift soll alle heimatkundlichen und heimatpflegenden Bestrebungen der Mark Brandenburg zusammenfassen.

Gewerkschaftliches

Auslegungskünste eines Gewerberats

Unfähigkeit oder Sabotage.

In Nr. 17 berichteten wir unter dem Titel „Leiden eines Betriebsrates" von dem reaktionären Anschlag der Firma Fritz Werner, A. H. in Marienfelde, gegenüber den Betriebsräten und dem Betriebsrätegesetz. Die Firma, mit der wir uns wiederholt beschäftigen mußten, weigerte sich, einem Betriebsrat jene Zeit zu bezahlen, die er im Dienste seiner Funktion notwendig versäumen mußte. Der erste Vorsitzende des Betriebsrates, unser Genosse Becker, erließ deshalb einen Anschlag, der zu Sammlungen für den materiell geschädigten Funktionär aufforderte. Der Firma war dies unbequem und sie rief das zuständige Gewerbe-Aufsichtsamt an, dem der famose Gewerberat Wauer, mit dem wir uns hier auch schon beschäftigten, vorsteht.

In einer 2½ Seiten langen Entscheidung erklärt er, der Aufruf des 1. Vorsitzenden verstoße gegen das BRG., sei eine Verletzung des § 37 und somit eine Ueberschreitung seiner Befugnisse. Dieser Herr Wauer stützt sich fälschlich auf den § 14 der — Arbeitsordnung, die nach ihm „ausdrücklich vorsieht, daß nur die Zeit bezahlt wird, in welcher wirklich gearbeitet worden ist. Die Firma ist berechtigt, den Lohn einzubehalten für die Zeit, während welcher ein Mitglied der Arbeitervertretung sich unbefugt und ohne Meldung erstattet zu haben, von der Arbeit entfernt, es sei denn, daß eine solche Meldung sich aus tatsächlichen Gründen nicht hat sofort durchführen lassen, was in jedem einzelnen Falle zu prüfen wäre."

Nun besagt aber der § 35 des B. R. G. ausdrücklich:

„Die Mitglieder der Betriebsräte und ihre Stellvertreter verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Notwendige Versäumnis von Arbeitszeit darf eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge haben. Vertragsbestimmungen, die dieser Vorschrift zuwiderlaufen, sind nichtig."

Die notwendige Zeitversäumnis wird noch näher umschrieben und eventuelle Streitigkeiten entscheidet gemäß § 93 Ziffer 3 der Bezirkswirtschaftsrat, bezw. die in dem § 94, 103 bestimmte Stelle.

Die Firma aber verübt zunächst einen Gewaltstreich und zahlt dem Betriebsrat seinen vollen Lohn nicht aus, der, wenn er nicht unterstützt worden wäre, seine Funktion hätte niederlegen müssen. Das ist ein ganz eklatanter Vorstoß gegen das B. R. G. Der Herr Gewerberat Wauer wieder leitet aus einer Arbeitsordnung sein Urteil ab, die nach § 35 hinfällig und nichtig ist, wenn sie obigen Paragraphen widerspricht.

Das ist ein Spiel für Götter, wenn's nicht so traurig wäre. Ein Vertreter des Staates, dessen Aufgabe es ist die Gesetze zu schützen, der demnach auch die Gesetze kennen müßte, leistet Vorspanndienste einer brutalreaktionären Firma und besiegelt noch eine krasse Gesetzesverletzung.

Dieser Herr Gewerberat Wauer hat sich schon allerlei auf diesem Gebiete geleistet und somit den Beweis erbracht, daß er für sein Amt ungeeignet und durch eine fähigere Kraft zu ersetzen ist. Mehr wollen wir heute nicht sagen, sondern nur noch bemerken, daß diese Entscheidung im Beschwerdeverfahren nicht aufrecht erhalten werden kann, es sei denn, wir setzen einen Teil oder das ganze B. R. G. außer Kraft. Näher liegt aber, diesem Vorsteher eines Gewerbeaufsichtsamtes (!) die Möglichkeit zu nehmen, noch größeren Unfug zu treiben als er es bisher getan hat.

Delegiertenversammlung der Hotelangestellten

Reinfall der Kommunisten

Die Delegierten des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten nahmen am 20. Januar Stellung zum Manteltarif, der in einigen strittigen Punkten durch Schiedsgerichtsspruch des Reichs-Arbeitsministeriums erledigt werden mußte. Der Vorstand empfahl die Annahme desselben, die einstimmig ohne Diskussion erfolgte. Die für die Gruppe an die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber eingereichte Forderung auf Zahlung eines Teuerungszuschlages von 125 M. pro Woche für alle Angestellte, fand ebenfalls die Zustimmung der Versammlung. Bei diesem Punkt verlas der Vorsitzende eine Erklärung des Vorstandes, in der gesagt wurde, daß der Vorstand nach Aufhebung seines Beschlusses des Ausschlusses der Kollegen Richter, Schlör, Reichke, Lenkeit sich nicht mehr in der Lage sieht, die Geschäfte weiter zu führen, insbesondere wichtige Angelegenheiten, wie Lohnverhandlungen, dem neuen Vorstand überlassen werden. Hierzu stellte Saar den Antrag, um keine Unterbrechung der Geschäfte eintreten zu lassen, sofort die Wahlen der beiden Vorsitzenden und der Kassierer vorzunehmen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Saar.

Als Kandidaten für den ersten Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende Burde, Saar und von kommunistischer Seite Schlör nominiert. Saar verzichtet nach Rücksprache zugunsten Burde. Die per Stimmzettel vorgenommene Wahl ergab für Burde 101, für Schlör nur 29 Stimmen. Als zweiter Vorsitzender wurde Saar mit 71 gegen 55 Stimmen, die für Richter abgegeben wurden, gewählt. Als Kassierer wurden die beiden bisherigen Kollegen Warnat und Singer einstimmig wieder gewählt. Der Antrag des Vorstandes, die Wochenbeiträge der Arbeitslosen auf die mit der Hauptverwaltung abzurechnenden Grundbeiträge zu erhöhen, fand bei den Arbeitslosen-Delegierten energischen Widerspruch. Die Angelegenheit wurde schließlich vertagt und beschlossen, diese in der nächsten Generalversammlung als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Der Beginn der Tagung verzögerte sich um etwa eine Stunde, da die Delegierten, die nicht der kommunistischen Fraktion angehörten, sich zu einer Sonderberatung zurückgezogen hatten, um zu der gegenwärtig geschaffenen Lage der Ortsverwaltung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war das Resultat der Vorsitzendenwahl. Die Kommunisten waren hierüber arg enttäuscht, glaubten sie doch auf Grund der letzten Generalversammlung, den Zweigverein Groß-Berlin schon fest in Händen zu haben. Die Verärgerung kommt dann auch in Nr. 36 der „Roten Fahne" unverblümt zum Ausdruck, in der gegen die abgehaltene Sonder-Konferenz energisch protestiert wird. Es wird hierbei aber verschwiegen, daß ihr Parteigenosse Richter ebenfalls während der Versammlungszeit durch Plakat die Anhänger der K. P. D. und U. S. P. D. zu einer Sonder-Konferenz einlud, die aber wohl wegen zu schwacher Beteiligung bald abgebrochen werden mußte. Man sieht, wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Was die Kommunisten für sich als ganz selbstverständlich halten, haben die Anhänger der anderen Parteien recht schön zu unterlassen.

USPD.-Bekleidungsarbeiter

Am Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, findet in den Berliner Konzertsälen (Arminhallen), Kommandantenstraße 58-59 (großer Saal), eine Versammlung sämtlicher im Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten U. S. P.-Genossen statt.

Referent: Genosse Franz Künstler M. d. R., spricht über: Die Konferenz in Cannes und Genua und die Arbeiterklasse.

Sympathisierende Kollegen können durch Genossen eingeführt werden. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
J. A.: A. Holz.

Sitzung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Die Sitzung fand am 20. und 21. Dezember in Stuttgart statt. Nach längerer Aussprache stimmte der Beirat folgenden beiden Entschließungen einmütig zu:

Zu den Forderungen des Vorstandes des A. D. G. B. und des AfA-Bundes.

Der erweiterte Beirat stimmte gleich dem ersten Reichsbetriebsrätekongreß für die Metallindustrie den vom Vorstand des A. D. G. B. und AfA-Bundes aufgestellten zehn Forderungen einmütig zu. Pflicht aller proletarischen Organisationen muß es sein, ihre Kräfte für die Durchführung dieser zehn Forderungen einzusetzen. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist nur möglich in hartem, zähem Ringen mit den kapitalistischen Mächten; ein Erfolg der Arbeiterklasse setzt ihr einmütiges, geschlossenes Zusammenwirken in straffster Disziplin voraus. Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder ist es, in diesem Sinne zu wirken.

Zur Schlichtungsordnung. Der erweiterte Beirat stimmt der Haltung des Ausschusses des A. D. G. B. zum § 55 des Schlichtungsordnungsgesetzentwurfs rückhaltlos zu und fordert die parlamentarischen Arbeitervertreter auf, jedes Zwangsmittel, das einen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften darstellt, strikte abzulehnen.

Der Beirat hatte vom letzten Verbandstage die Befugnis erhalten, nötigenfalls eine Erhöhung der Beiträge und der Unterstützung zu beschließen. Von dieser Befugnis machte der Beirat Gebrauch, indem er den Grundbeitrag in der 1. Klasse von 4 M. auf 7 M. erhöhte, in der 2. Klasse von 2,50 auf 4 M., in der 3. Klasse von 0,70 auf 1 M. In der 4. Klasse (Lehrlingsskala) soll der Beitrag auf der alten Höhe von 0,30 M. bleiben. Der Anteil der Lokalkassen an diesen Beiträgen wurde ebenfalls beträchtlich erhöht. Erhöht wurden ferner die Erwerbslosenunterstützung, die Streik- und Maßregelungsunterstützung, die Familienunterstützung und die Unterstützungen an nicht bezugsberechtigte Mitglieder (solche mit 13- bis 26wöchiger Mitgliedschaft).

Ueber Berufskonferenzen referierte Tost (Vorstand). Der letzte Verbandstag hat die Anträge auf Abhaltung von Berufskonferenzen dem Vorstand überwiesen. Dieser wird einem Teil der Anträge entsprechen. Für die im Bergbau Beschäftigten (Zechenmetallarbeiter) kann der Vorstand wenig ausrichten, weil Richtlinien mit dem Bergarbeiterverband bestehen. In der Aussprache erklärte Gen. Dißmann, im engeren Beirat sei erörtert worden, ob es sich nicht empfehle, die Beratungen eines Teiles von Spezialkonferenzen auf eine andere Grundlage zu stellen und zu den Beratungen den engeren Beirat und Mitglieder aus den betreffenden Berufen hinzuzuziehen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Dachdecker und Berufsgenossen! Durch Schiedsspruch des Bezirksschlichtungsausschusses für das Dachdeckergewerbe von Groß-Berlin, am 20. Januar 1922, beträgt der Stundenlohn für den Dachdecker ab 23. 11. 21 bis 22. 12. 21 11,75 M., vom 23. 12. 21 bis 10. 1. 22 12,25 M., vom 11. 1. 22 bis 25. 1. 22 12,75 M. und vom 26. 1. 22 13,50 M. Für die Hilfsarbeiter in allen Stufen 65 Pfennig weniger. Nachzahlung hat zu erfolgen. Wo dieselbe bis Sonnabend, den 4. Februar 22 nicht erledigt, erwarten wir umgehend Mitteilung. Der Wochenbeitrag beträgt ab erste Woche 1922 10 M. Der Vorstand.

Rußland- und Georgienhilfe

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge ein:

Verband der Schuhmacher auf Listen 4167,50 M. Kollegen der Firma Schütz & Freundt 600 M. Brauerei Engelhardt, Abt. Pankow 352 M. Verband der Fabrikarbeiter a Konto 10 000 M. Deutscher Holzarbeiter-Verband a Konto 1000 M. Deutscher Eisenbahner-Verband a Konto 1315,45 M. Bezirksverband der U. S. P. D. auf Listen 4624 M. Verband der Kupferschmiede a Konto 2000 M. Verband der Steinarbeiter a Konto 600 M. S. R. 160 M. Verband der Steinarbeiter auf Listen 1473,50 M. Verband der Sattler und Tapezierer auf Listen 332 M. Verband der Steinsetzer auf Listen 833 M. Verband der Glaserbeiter 11 auf Listen 2944,50 M. M. Grigaleit 50 M. Firma K. Schoerpel in Oblige 300 M. Eisenbahner-Verband 82 M. Verband der Dachdecker 163,50 Mark. Volksbildungsamt Reinickendorf 100 M. Morgensprache der Sängerchöre Berliner Schubert-Chor, Meiningenscher, Weißensee und „Lerche" 711,50 M. Verband der Hutmacher auf Listen 1900,50 M. [illegible] der A. E. G. Friedrich-Karl-Ufer 628,50 M. H. Kahlen 30 M. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter auf Listen 3230,70 M. Verein der Berliner Buchdrucker auf Listen 1087,80 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 4543,65 M. Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten auf Listen 186,50 M. Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Berlin, Bezirk 5 300 M. Deutscher Buchbinder-Verband 10 310 M. Lothar Marattek 12 M. Verband der Fabrikarbeiter a Konto 3500 M. Verband der Bäcker und Konditoren auf Listen 4628,50 M. Firma Trunk & Co. durch Liste 100 M. Verband der Fleischer a Konto 1000 M. Deutscher Metallarbeiter-Verband a Konto 140 000 M. Verband der Töpfer auf Liste 40 M. In Summa 213 963,65 M. Bereits quittiert 2 008 445,45 M. Gesamtsumme 2 222 409,10 M.

Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Wieweger, Berlin SO 16, Engelufer 24-25, zu richten.

Größere Einheit in Großbritannien. Anfangs Januar ist ein Zusammenschluß zwischen der British Seafarers' Union (Präsident J. Lewis mit dem Sitz in Southampton) und dem Verbande der Stewards, Köche usw. (Präsident J. Cotter (Liverpool), zustandegekommen. Die neue Organisation (Sitz London) hat 20 000 Mitglieder und wird mit Hilfe der übrigen Gruppen der Arbeiterbewegung eine kräftige Propaganda einleiten, um unter allen britischen Seeleuten Einheit zu schaffen und so die Streitkraft im Kampfe um bessere Existenzbedingungen zu vergrößern.

Parteiveranstaltungen

Arbeiter-Bildungsschule USPD.

Die Arbeiter-Bildungsschule beginnt in dieser Woche ihre Arbeitsperiode. Die Schule beschränkt sich in ihren Vortragsthemen auf die für den Sozialismus und besonders für den Kampf unserer Partei durchaus notwendigen Wissensgebiete, aber jeder Funktionär, jeder Propagandist muß sich in alle diese Wissensgebiete vertiefen und darf nicht an der Oberfläche haften. Die Arbeiter-Bildungsschule vermittelt den Genossen und Genossinnen in ihren Kursen das nötige Wissen und gibt jedem Gelegenheit, sich zum selbstdenkenden Kämpfer zu entwickeln.

Morgen, Donnerstag, beginnt der Kursus „Die soziologische und ökonomische Grundlage des Marxismus". Vortragender ist Genosse Alexander Stein.

Am Freitag, den 27. Januar beginnt der Kursus: „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung seit Kriegsausbruch." Vortragender: Genosse Eugen Prager. Beide Kurse finden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, statt und beginnen abends 7 Uhr.

Am Freitag, den 27. Januar, beginnt auch der Kursus über: „Sozialrevolutionäre Philosophie". Vortragender: Genosse Dr. Hellmuth Falkenfeld. Der Kursus findet im Gesangsaal des Sophien-Real-Gymnasiums in der Steinstraße, abends 7 Uhr, statt. Hörergeld 7,50 M.

Donnerstag, 26. Januar

15. Verwaltungsbezirk (Treptow). Abends 7 Uhr Distriktsgeneralversammlung in Niederschöneweide, Schulaula Berliner Straße. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht vom Parteitag. Distriktsvorstand eine Stunde früher erscheinen.

3. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Elternversammlung in der Aula der 30. und 301. Gemeindeschule, Lütticher Str. 47-48. Thema: Die weltliche Schule.

11. Distrikt. Die Mitglieder der Bildungskommission treffen sich eine Stunde — also um 6 Uhr — vor der Generalversammlung beim Genossen Scheibe, Pasteurstr. 2, zu einer kurzen wichtigen Besprechung.

19. Distrikt. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr in der Schule Marienfelder Straße 7 (Klassenzimmer part.). Stadt- und Bezirksverordnete sind eingeladen.

Lichtenberg-Stadt und -Land. ½8 Uhr Kursus des Genossen Schlicht über Agrarfragen und Agrarprogramm im Jahn-Real-Gymnasium. Rege Beteiligung dringend geboten.

Freitag, 27. Januar

2. Verwaltungsbezirk. 4. Distrikt (Westen). Sitzung der Bildungskommission mit Vortrag bei Weber, Lützowstr. 9.

Lichtenberg. Jugendagitation. 7 Uhr Sitzung bei Robert Siewert, Kant-, Ecke Schillerstraße.

Vereinskalender

Soz. Proletarier-Jugend. Zentrale Berlin-Brandenburg. Die von den Gruppen entnommenen Marken für die internationale Kundgebung müssen bestimmt am Donnerstag abgerechnet sein. Die bis dann nicht abgerechneten Marken gelten als verkauft und müssen bezahlt werden.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Danksagung

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme anläßlich des Todes meiner lieben Frau, sage ich allen Genossinnen und Genossen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Hans Spangenberg

Heine Reliquien

Neue Briefe und Aufsätze Heinrich Heines

Herausgegeben von Maxim. Frh. v. Heine-Geldern und Gustav Karpeles

mit 5 Bildnissen und 5 Faksimiles

Ein 380 Seiten starker Ganzleinenband 30.— Mark

Buchhdlg. „Freiheit" Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht

Austragelohn pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**

Spedition C. Belz
Rosenthal, Niederstr. 3

„Freiheit"-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29

Spedition Franke
Genter Straße 34

Spedition Lohmann
Hussitenstraße 43

Spedition Kolbe
O, Weberstraße 25

Spedition Bamberg
Reinickdf.-Ost, Residenzstr. 126

Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101

Spedition Gliesche
Pankstraße 60 (Laden)

Spedition Spiekermann
Pankow, Mühlenstr. 20

Spedition Franzen
Wittstocker Straße 19

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weiteres Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Bettwäsche! Jetzt ist es Zeit noch sehr günstig und billig einzukaufen. Deckbettbezüge 71.—, Kissen 23.—, Bettlaken 51.— an. Bettbezüge, prima Louisianatuch 165.—, Federdichte Inlette 139.—, Wäschestoffe, Bettsatins, Handtücher, Ueberschlaglaken, beste Qualitäten außergewöhnlich billig! Enorme Auswahl nur reellste Qualitäten. Wäschefabrik Stumpe und Söhne, Landsberger Straße, schräg gegenüber. Größtes bekanntestes Bettwäsche-Spezialgeschäft.

Silberfüchse 300.—, Kreuzfüchse 300, Wölfe 400, Weißfüchse, Zobels, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 2500, Sportpelze 800, Gehpelze. Ferner Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe, Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Winterulster 300 M. Albert Schenk, Köpenickerstr. 127, Hof rechts.

Näderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Gardinen. Habe keinen Laden und sonstige Geschäftsunkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt: Garnitur 56.—, 110.—, 125.— bis 400.—. Moderne Stores 75.— bis 300.—. Bettdecken 58.—, 75.— bis 400.—. Gardinenstoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken usw. weit unterm Ladenpreis. Wiginger, Wichertstraße 73, 1 Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordring. Fahrtvergütung.

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbettstellen verkauft preiswert Schwarzmann, Kottbuser Damm 91, II.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9.

Soeben erschienen!

Geschichte der USPD.

Von Eugen Prager

In dauerhaftem Halbleinenband **50.— Mark**

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Möbel

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstr. 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebraucht. Küchen prima Emaille-lack, gebrauchte 275.—. Auch außerhalb.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), i. Norden Badstraße 47-48.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 100.—, Kinderbettstellen. Weiche, Brunnenstraße 92a. Quer.

Chaiselongues, Umbaupolster, Auflegematratzen, Patentmatratzen 240.— Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstr. 19.

Kaufgesuche

Glühstrumpfasche kauft Bömel, Elsasser Str. 29a. I.

Metallschmelze, Alexanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Arminstraße 52, Moabit 6934.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alt-Jakobstr. 155, Hallesches Tor.

Pistolen, Prismengläser kauft zu den höchsten Preisen Kleßen, Linienstr. 69.

Schellack, Leim, Meiereiartikel kauft jeden Posten. Farbenkessler, Linienstraße 190a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Nähmaschinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdorfer Straße 103 II.

Gerhart Hauptmann's Werke, komplett, kauft Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9.

Sudermanns Werke komplett kauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Rechtsauskünfte

Richter, ehemaliger, gewissenhaft. Rechtsbeistand. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Platz).

Unterricht

Tanzlehrkurse, neu eröffnet. Reichenberger Str. 34. Anmeldungen Sonntags 4—8, Donnerstags 8—10 abends.

Arbeitsmarkt

Botenfrauen bei hohen Löhnen verlangt sofort Spedition Jordan, Dresdener Straße 24.